

***Der Neuköllner Aufruf der Initiative
Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG)***

Stephan Voß

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Prävention & Demokratieförderung
Ausgewählte Beiträge des 24. Deutschen Präventionstages
20. und 21. Mai 2019 in Berlin
Forum Verlag Godesberg GmbH 2021, Seite 315-317

978-3-96410-006-1 (Printausgabe)
978-3-96410-007-8 (eBook)

Stephan Voß

Der Neuköllner Aufruf der Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG)

Wir alle wissen: Gewalt bedeutet für Betroffene erhebliches Leid. Gewalt verletzt Körper, Psyche und Gesundheit. Ihre Folgen sind oft gravierend und langanhaltend. Gewalt verstößt zugleich gegen Menschenrechte, Kinderrechte und in unserer Verfassung verbrieft Grundrechte. Wir wissen auch: Weniger Gewalt bedeutet mehr Sicherheit, mehr Gesundheit, mehr Wohlbefinden und auch mehr Respekt. Das führt zu mehr Lebensqualität und zu verbesserten Beziehungen zwischen den Menschen, den Geschlechtern und den Generationen.

In den letzten 25 bis 30 Jahren ist viel getan worden, um Gewalt abzubauen und dies mit einigem Erfolg, z.B. im Bereich häuslicher und sexualisierter Gewalt, in den Bereichen Kinderschutz und Gewalt in der Erziehung, um nur einige wenige zu nennen. Aber können wir wirklich zufrieden sein mit dem, was bisher erreicht worden ist? Hat die Politik, haben die verschiedenen Bundesregierungen wirklich alles Notwendige und Mögliche getan, um Gewalt so weitgehend wie möglich zu reduzieren und uns und unsere Kinder vor Gewalt zu schützen?

Die Ergebnisse des Berliner Symposiums „25 Jahre Gewaltprävention im vereinten Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven“, die im Jahr 2016 von über 200 Expertinnen und Experten gemeinsam erarbeitet wurden, zeigen, dass dies nicht der Fall ist. Es fehlt an einer gesamtgesellschaftlichen, auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen tatsächlich ressort- und institutionsübergreifenden, verbindlichen und vor allem auch nachhaltigen Ausgestaltung der Gewaltprävention.

Kurz gesagt: Gewaltprävention in Deutschland steht auf keinem sicheren und stabilen Fundament: weder strukturell noch finanziell und schon gar nicht, was ihre rechtliche Rahmung betrifft. Das muss sich ändern.

Und es kann sich ändern, wenn Politik vorausschauend und proaktiv handelt und dabei einen nachhaltigen Präventionsansatz verfolgt, der

sich darauf konzentriert, das Entstehen von Gewalt so weit wie möglich zu verhindern. Ein solcher Politikansatz ist jedoch alles andere als selbstverständlich.

Deshalb haben wir als Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention, ein Zusammenschluss von einigen Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen der Gewaltprävention, den

Neuköllner Aufruf

„Sicherheit, Gesundheit, respektvolles Zusammenleben: mehr Lebensqualität durch gesamtgesellschaftliche und nachhaltige Gewaltprävention“

verfasst.

Mit diesem Aufruf fordern wir die Bundesregierung mit Blick auf die Zukunft unserer Kinder und unseres Gemeinwesens auf, umzusteuern. Wir fordern sie dazu auf,

- zeitnah die Entwicklung einer Strategie und eines konkreten Handlungskonzepts für eine nachhaltige gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention zu initiieren und
- dieses Handlungskonzept in Übereinstimmung mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung schrittweise bis 2030 umzusetzen.

Weiterhin fordern wir sie dazu auf,

- zur Gestaltung dieses Prozesses ein Forum zu schaffen, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, der Länder, der Kommunen, von einschlägigen Verbänden, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zusammensetzt, sowie
- für dessen Organisation und Durchführung eine geeignete Struktur zu schaffen und notwendige Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Natürlich wissen wir, dass allein ein solcher Aufruf nicht zu einer anderen Politik führen wird.

Wir müssen uns jedoch auf den Weg machen. Wir müssen uns gemeinsam und auf vielfältige Weise für ein stabiles und sicheres Fundament der Gewaltprävention in Deutschland einsetzen. Denn: Ein solches Fundament wird sich sicher nicht von selbst und ohne unser Dazutun und unser Engagement entwickeln.

Ein erster wichtiger Schritt wäre es aus unserer Sicht, wenn mit dem Neuköllner Aufruf ein starkes Signal für die Implementation einer gesamtgesellschaftlich und nachhaltig gestalteten Gewaltprävention in Deutschland an die Bundesregierung gesandt werden würde.

Deshalb bitten wir Sie, sich den Neuköllner Aufruf noch einmal anzuschauen und ihn mit Ihren Unterschriften zu unterstützen. Knapp 200 Menschen haben den Aufruf bisher unterzeichnet. Es wäre schön, wenn wir noch Viele mehr werden würden.

Sie finden den Neuköllner Aufruf unter: www.gewalt-praevention.info.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

I. Der 24. Deutsche Präventionstag im Überblick

Erich Marks

Zur Eröffnung des 24. Deutschen Präventionstages 11

Erich Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des
24. Deutschen Präventionstages 27

Merle Werner, Rainer Strobl

Evaluation des 24. Deutschen Präventionstages
am 20. und 21. Mai 2019 in Berlin 67

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Rami Ali, Felix Lippe

Jamal al-Khatib – Mein Weg! Partizipatives Online
Streetwork gegen gewalttätigen Fanatismus 117

Lan Böhm

Demokratiestärkung und Extremismusprävention in ländlichen
und strukturschwachen Räumen – Das Bundesprogramm
„Zusammenhalt durch Teilhabe“ 143

Jens Borchert, Diana Beyer, Maren Jütz

Politische Bildung im Jugendstrafvollzug.
Spezifika, Themen und Definitionen – Ein Zwischenbericht 147

Niels Gatzke

Ein Präventionsrat zur Aktivierung der Zivilgesellschaft 167

Joschka Gatzlaff

Radikalisierungsprozesse in Haft – Das „System fit machen“ 171

Thomas Gill

Demokratieförderung, politische Bildung und Prävention im
Kontext von Flucht 175

<i>Nadine Jukschat, Maruta Herding, Maria Jakob</i> Demokratieförderung im Strafvollzug. Erfahrungen aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“	187
<i>Kari-Maria Karliczek, Jasmin Rocha</i> Chancen und Grenzen von Partizipation. Die Organisation partizipativer Prozesse im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	207
<i>Christoph Kopke, Philipp Kuschewski</i> Das Kooperationsprojekt „Politische Bildung und Polizei“	229
<i>Tobias Lehmeier, Laura Liebscher</i> Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit aus der extremen Rechten	245
<i>Svenja Pasternack</i> „Grenzerfahrungen“. Ein Modellprojekt zur Stärkung der Demokratiefähigkeit und Rechtsextremismusprävention bei jungen Menschen	253
<i>Helmolt Rademacher</i> Gewaltprävention und Demokratiepädagogik in der Schule	261
<i>Larissa Sander</i> RADIKAL ICH – Prävention durch Identitätsstärkung	269
<i>Kerstin Sischka</i> Professionell arbeiten unter extrem(istisch)en Bedingungen?!	277
<i>Ann-Sofie Susen</i> Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen: Der Ansatz „Community Communication“	289
<i>Yvette Völschow, Marlene Gadzala</i> Toleranz und Sicherheitsempfinden in einer strukturschwächeren Kleinstadt	299
<i>Stephan Voß</i> Der Neuköllner Aufruf der Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG)	315

Harald Weilnböck

Intensivpädagogische politische Bildung –
Narrative Gesprächsgruppen an Schulen im ländlichen
und kleinstädtischen Raum

319

III. Autor*innen

369